

Frankreich

SP-Regierung zwischen allen Stühlen

Reformen spalten die Sozialisten und enttäuschen die Unternehmer.

AUS PARIS

DANNY LEDER

Immer schneller zieht jetzt Frankreichs sozialistische Staatsspitze Unternehmer- und Wettbewerbsfreundliche Maßnahmen durch ó unbeirrt von schlechten Umfrage-Ergebnissen und dem Widerstand des linken SP-Flügels. Um diese Ablehnung aus den eigenen Reihen zu umschiffen, musste Premier Manuel Valls bei der Verabschiedung seines neuen Gesetzeswerks zur šModernisierung der Wirtschaftö in der Nationalversammlung einen Notparagrafen einsetzen ó und das schon zum zweiten Mal seit Jahresbeginn.

Statt das Reformpaket einer Parlamentsdebatte mit anschließender Abstimmung zu unterwerfen, griff die Regierung auf eine Sonderprozedur zurück. Dabei übernahm sie, laut offiziellem Sprachgebrauch, šdie Verantwortung für das Gesetzö. In diesem Fall konnte der Regierung nur mehr ein Misstrauensantrag in die Quere kommen. Die bürgerliche und Linksaußen-Opposition brachte einen solchen Antrag ein, über den heute, Donnerstag, abgestimmt wird. Er hat zwar keine Aussicht auf Erfolg, die Opposition kann aber die Schwäche der Regierung weidlich unterstreichen.

Tatsächlich stemmt sich etwa ein Viertel der SP-Parlamentarier gegen etliche der geplanten Gesetzes-Maßnahmen, die sie als Kniefall vor den Anweisungen der EU betrachten. Für Aufregung sorgt einiges: die punktuelle Lockerung der Sonntagssperre im Handel, wobei die Gewerkschaften beanstanden, dass Prämien für diese Sonntags-Arbeit nicht klar vorgeschrieben wären. Die Möglichkeit, Zeitarbeitsverträge für Arbeitnehmer (von maximal 18 Monaten) zwei Mal zu verlängern (bisher war das nur einmal gestattet). Eine Obergrenze bei Entschädigungen für Entlassungen, auch wenn diese von paritätischen Sozialschiedsgerichten als šwillkürlichö eingestuft werden. Vor allem kleinere Unternehmen fürchten die oft sehr langen und komplizierten Verfahren dieser Schiedsgerichte.

Darüber hinaus setzt die Regierung auf diverse finanzielle Fördermaßnahmen und Abschläge bei den Sozialabgaben, um die Unternehmer zur Anstellung neuer Mitarbeiter zu bewegen. Die SP-Linken halten das für eine wirkungslose Geld-Verstreuung, weil es keine klaren Auflagen für die Subventionsempfänger gäbe. Die Unternehmerseite begrüßt einige Maßnahmen, hält aber ihre Anwendung in der Praxis oft für zu kompliziert und klagt, die Reformen wären angesichts das Vorschriftendickichts und der steuerlichen Belastung noch immer völlig unzureichend.

Fakt ist, dass im Vorjahr der Anteil öffentlicher Ausgaben am BIP (Brutto-Inlandsprodukt) in Frankreich 57,5 Prozent erreichte ó der Höchststand in der EU. Gleichzeitig stockte das Wirtschaftswachstum bei 0,2 Prozent. Die Arbeitslosenzahl wächst unaufhaltsam: plus 640.000 seit Amtsantritt von Präsident Francois Hollande 2012, plus 750.000 unter seinem konservativen Vorgänger Nicolas Sarkozy.